

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,  
Sonnabend, 6. November 1897.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten-Nachnahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Goseriede 9A.

6. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Von den in den letzten Tagen des Monats August zur Versendung gekommenen Sammellisten sind erst wenige, wohl kaum der dritte Theil zurückgesandt worden. Die übrigen zwei Drittheile kehren noch aus. Wir ersuchen die Empfänger der Listen hiermit freundlichst, aber dringend um Rücksendung. Gleichviel, ob auf den Listen viel, wenig oder gar nichts gezeichnet ist. Wird die Zustellung nicht binnen kurzer Zeit erfolgen, so müßten wir, so leid es uns auch thäte, die Namen der Säumigen öffentlich mit Fettdruck im „Proletarier“ bekannt geben. Wer dieses für seine Person vermeiden will, möge die Einsendung der Listen und des darauf gesammelten Geldes bis längstens 15. November bewirken!

Auch eine Anzahl Zahlstellen stehen mit den Abrechnungen noch aus. Wir verweisen auf die statutarischen Folgen dieser Säumigkeit und erwarten, daß alle die Abrechnung noch restirenden Zahlstellen diese unverzüglich vornehmen. Mit der Abrechnung sind alle Reisegeheimnisse-Quittungen und alle Rechnungen über das vom Vorstand gelieferte Material mit einzusenden. Die Adresse des Kassirers lautet: Jean Wilhelm, Burgstraße 3, Hannover. Die des Ausschuhvorsitzenden ist: J. Streb, Offenbach am Main, Gustav-Adolfstraße 34.

Mit kolleg. Gruß

J. A.: August Brey.

## Zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.

In fast allen Verbänden, welche bis jetzt die Arbeitslosen-Unterstützung noch nicht oder nur theilweise eingeführt haben, wird jetzt eifrig dieser Frage nähergetreten. Selbst die, welche noch bis vor Kurzem die heftigsten Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung waren, sind jetzt für Einführung derselben seitens der einzelnen Verbände respektive Gewerkschaften (D. A.), weniger aus Gründen der Humanität, also aus Prinzip, sondern einzig und allein aus Gründen der Taktik und Kriegsführung. Ich selbst war noch vor einem Jahre nicht so vollständig davon überzeugt wie jetzt. Allein bei der Beobachtung und Entwicklung der einzelnen Verbände und Gewerkschaften hat sich mir die Ueberzeugung aufgedrängt, daß bei einer Gewährung von Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit ein viel frischerer Zug in dieselben kommen müßte. Durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung soll insbesondere der Mitgliederbestand ein stabilerer, festerer werden, was bei den Verbänden ohne Unterstützung niemals der Fall sein kann. Dieses beweisen schon die Zahlen bei denjenigen Gewerkschaften der einzelnen Berufe, welche Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben.

Es waren organisiert: Buchdrucker 50 Proz., Handschuhmacher 74 Proz., Bildhauer 56 Proz., Kupferschmiede 35 Proz., Porzellanarbeiter 25 Proz., und Zigarrensortierer 24 Proz. In den Berufen, deren Gewerkschaften keine Arbeitslosen-Unterstützung zahlten, stellte sich das Verhältniß folgendermaßen: Tabakarbeiter 11 Proz., Maurer 3 Proz., Metallarbeiter 8 Prozent, Holzarbeiter 2 Proz., Zimmerer 5 Proz. 2c. (Diese Zahlen gelten für das Jahr 1894. Im Jahre 1896 drückte sich das Verhältniß der Organisirten zu den Berufsangehörigen in folgenden Ziffern aus: Buchdrucker 37,10 Proz., Kupferschmiede 32,73 Prozent, Handschuhmacher 31,80 Proz., Porzellanarbeiter 19,61 Proz., Zigarrensortierer und Arbeiter zusammen 13,14 Prozent, Maurer 7,14 Proz., Metallarbeiter 6,21 Proz., Holzarbeiter 10,37 Prozent, Zimmerer 8,54 Proz. Diese Verschiebung der Zahlen wolle man bei der ferneren Diskussion wohl beachten. D. A.) Wenn man diese Zahlen näher betrachtet, muß doch Jedem die Ueberzeugung kommen, daß die Arbeitslosen-Unterstützung eine gewaltige Rolle bei der Stärke der Organisationen mitspielt.

Beim Anwerben von Mitgliedern für eine Organisation wird einem stets als erste Frage entgegengehalten: Was bietet mir dieselbe, wenn ich ihr beitrete, oder was habe ich für Vortheile davon?

Jeder geschickte Organisator wird mit dieser Thatsache rechnen, und daher die Gewerkschaft so einzurichten

versuchen, daß sie den Wünschen der Masse der Indifferenten entspricht. Denn um die Indifferenten handelt es sich hier in erster Linie. Denn derjenige Arbeiter, welcher sich in politischen Dingen einen klaren Blick bewahrt hat, der ist auch in der Organisation ohne Arbeitslosen-Unterstützung tüchtig. Also um die Heranziehung der gewerkschaftlich und politisch zurückgebliebenen handelt es sich hier vornehmlich! Es giebt ja auch noch eine große Anzahl, welche politisch tüchtig sein wollen, aber trotzdem keiner Organisation angehören. In dieser Kategorie spielt auch die Frau noch eine große Rolle, welche meistens den Werth einer guten und strammen Organisation noch garnicht begriffen hat, ja noch garnicht einmal weiß, was das Wort Gewerkschaft oder Organisation zu bedeuten hat, und darum dem Mann, wenn er sich organisiren will, Widerstand leistet! Dieser Widerstand muß gebrochen werden, und zwar dadurch, daß auch in die Kreise der Frauen die nöthige Aufklärung über das Wesen und den Zweck der Gewerkschaften und Organisationen hineingetragen wird. Die Frau ist eben ein Faktor, mit dem man rechnen muß, und welcher nicht so einfach übersehen werden darf. Dieses ist ja auch schon in zahlreichen Broschüren und Versammlungen auseinandergesetzt worden, aber es kann nicht oft genug erklärt werden, daß auch die Frau in die ihr zugehörige Organisation gehört. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß, wenn sich die Organisationen damit befassen und die Parole ausgeben: Unterstützung der Arbeitslosen, die Frauen die ersten sein werden, welche ihre Männer zum Beitritt anregen. Denn welcher Lohnflave ist wohl heute nicht der Arbeitslosigkeit und der Willkür des Unternehmers preisgegeben; wer heute noch glaubt, sicher und fest in seiner seit Jahren innegehabten Stellung zu stehen, kann morgen durch eine Laune des Arbeitgebers schon auf die Straße fliegen.

Gehört er nun einer Organisation mit Arbeitslosen-Unterstützung an, so wird er beim Suchen nach einem anderen Unternehmen aber in Folge der Unterstützung nicht für jeden Hungerlohn anzufangen brauchen. Er kann zuwarten, kann sehen, wie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sich für ihn gestalten, aber für jeden Hungerlohn in Arbeit zu treten braucht er dann nicht mehr.

Und darum eben ist es meine Meinung: Wenn wir die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, dann haben wir auch die Frau für uns. Die Verbände ohne Arbeitslosen-Unterstützung gleichen Laubensschlägen; wenn auf der einen Seite zwanzig und mehr Mitglieder gewonnen sind, so treten auf der anderen Seite fünfzehn schon wieder aus, und das Resultat der Agitation ist dann gewöhnlich Null. Daher läßt es sich wohl erklären, daß selbst ältere Mitglieder, welche schon jahrelang einer Organisation angehörten, den Muth verloren und selber austraten. Sie sahen eben, daß trotz aller Bemühungen nur Winziges erreicht werden konnte und wurden deshalb müßlos. Die Organisationen von heute bieten eben dem Arbeiter keine in die Augen fallende Vortheile, und deshalb ist er zurückhaltend den Gewerkschaften gegenüber. Die Menschen sind eben Egoisten und die Arbeiter machen hiervon keine Ausnahme; für jeden Groschen, den sie für irgend eine Sache opfern, wollen sie auch gleich greifbare, materielle Vortheile einheimfen.

Es sei an dieser Stelle auf die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine hingewiesen; diese haben ein ausgebautes Unterstützungswesen. Als ich jüngst mit einem Bekannten zusammentraf und ihn darauf aufmerksam machte, daß es sich doch für ihn als einem aufgeklärten Arbeiter nicht passe, dieser Vereinigung anzugehören, erwiderte er mir: Ich wäre schon längst ausgetreten, allein meine jahrzehntelangen Beiträge kann ich doch unmöglich im Stiche lassen, und dann bietet mir Eure Gewerkschaft auch das nicht, was ich hier erhalte, wenn ich die Karenzzeit hinter mir habe. — Wir ersehen also hieraus, daß die Beiträge die Mitglieder an die Organisation fesseln; je höher die Beiträge, desto höher können die Unterstützungen sein, und desto fester werden die Mitglieder an die einzelnen Gewerkschaften gefesselt werden.

Gustav Geurich,

1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Dessau.

(Diese Anregung stellen wir hiermit zur Diskussion, an der wir uns am Ende auch betheiligen werden, D. A.)

## Der Bericht der preussischen Gewerberäthe für 1896.

II.

Die Jugendausbeutung ist in Preußen ebenso, wie in den übrigen Einzelstaaten, erheblich gestiegen. Nach der Anfangs Dezer. stattgefundenen Zählung wurden in 21 955 (20 747\*) Anlagen 121 226 (110 975) Jugendliche von 14—16 Jahren, sowie 988 (802) Kinder beiderlei Geschlechts beschäftigt, wonach die Zunahme der Betriebe, die jugendliche Kräfte ausbeuten, 1208 = 5,8 Proz., die der Jugendlichen 10 291 = 9,3 Proz. und die der Kinder 186 = 22,7 Prozent beträgt. Die Kinderarbeit erfreut sich also wieder einer wachsenden Bevorzugung der Unternehmer. Indes sind die angeführten Zahlen aus mehreren Gründen zu niedrig; einmal läßt der späte Zählungstermin Tausende von Kindern, die zwischen April und Dezember das 14. Lebensjahr überschritten, der Kinderzählung entgehen; es wäre wahrlich an der Zeit, daß die preussische Regierung diese Verschleierungstaktik aufgäbe und die Zählung auf Anfang Mai verlegte. Dann haben manche Behörden auch nicht richtig gezählt und endlich bewirkt die engherzige Auslegung des Fabrikbegriffes bei Behörden und Gerichten, daß ebenfalls Tausende von Kindern ungezählt bleiben. So wurden im Bezirk Biegnitz 67 Kinder von der Zählung weggelassen, die in Druckereien mit Falzen beschäftigt waren, weil diese Betriebe nicht als Fabriken erachtet wurden, und im Bezirk Sigmaringen wurden diesmal 20 Betriebe mit Jugendlichen weniger als im Vorjahre gezählt, weil bezüglich der Zählung andere Anleitungen erlassen, d. h. eine Reihe von Betrieben aus der Fabrikliste gestrichen worden waren. So erscheint die Kinderzahl geringer, als sie wirklich ist, womit aber auch die Wirksamkeit des Arbeiterschutzes eingeschränkt wird. Zu welchen Zuständen dies führt, lehrt ein Fall im Bezirk Hannover, wo zwei Strohhüllenfabriken wegen verbotener Kinderbeschäftigung angeklagt, als hausindustrielle Betriebe erachtet wurden. Die Folge dieses Freispruches war, daß die Besitzer die vorher entlassenen Schulkinder schleunigst wieder einstellten und der eine sogar 8jährige Mädchen in einem Raum beschäftigte, der ehemals als Stall gedient hatte.

Die schlimmste Kinderausbeutung entfaltet sich jedoch in der Hausindustrie, worüber die Berichte von Appeln, Erfurt, Minden, Arnberg, Düsseldorf und Lachen zum Theil ergreifende Schilderungen veröffentlichten. Im Bezirk Minden nimmt die Kinderbeschäftigung in der Zigarrenhausindustrie fortwährend zu und die Mißstände werden in Folge des verschärften Konkurrenzkampfes immer trasser, so daß selbst „wohlwollende“ Fabrikanten Beschränkungen für die Hausindustrie, allerdings nur im Sinne von Reglements, vorschlagen, während der Mindener Gewerberath seit Jahren für ein Verbot der hausindustriellen Kinderbeschäftigung eintritt. Nach dem Arnberger Bericht sind in der Iserloher Nadel-Hausindustrie 646 Schulkinder und weitere ungezählte Hunderte in der Knopffabrikation zu Lübenseid und Meheim, in der Textilindustrie zu Laasphe und Fredeburg und in der westfälischen Kleineisenindustrie beschäftigt. In der Bandwirkerei des Schwelmer Kreises werden zahlreiche Kinder von den eigenen Eltern mit Spulen beschäftigt; ihnen wird keine freie Zeit zur Erholung und zum Spiel gegönnt und selbst ihre Schularbeiten müssen sie in der Werkstatt machen. Der Arnberger Beamte plädirt für die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die motorischen Werkstätten, um wenigstens in diesen der Kinderausnutzung ein Ziel zu setzen. Im Bezirk Düsseldorf bemühen sich die Kleineisenwerke vergeblich, die hohe Jugendausbeutung, die ihnen über den Kopf wächst, einzuschränken; die einzelnen Meister vermögen nichts dagegen auszurichten. Nun versuchen sie es durch ihre Organisationen, das Lehrlingswesen zu regeln, ein Bestreben, das natürlich ebensowenig Erfolg haben wird, weil der direkte Zwang fehlt. In einem Krefelder Seidenweberdorf wurden allein 254, in einem anderen 96 Schulkinder an Spul- und Windmaschinen beschäftigt, wo sie bei täglicher 4—7stündiger Arbeit 0,55—1,40 Mk. pro Woche verdienen. Auch in Barmen-Elberfeld

\*) Die eingeklammerten Zahlen betreffen das Jahr 1895.

müssen zahlreiche Schulkinder die nötigen Spulen für die Seidenwebstühle herstellen und werden durch die frühzeitige, angestrengte Arbeit in ihrer körperlichen Entwicklung geschädigt. Der Düsseldorfser Beamte wünscht sowohl die Inkraftsetzung des § 154 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung für motorische Betriebe, als auch eine Ausdehnung des Fabrikarbeiter-schutzes auf die Hausindustrie überhaupt. Im Bezirk Aachen endlich arbeiten 2000 Schulkinder in Aachen-Wurtscheid und ca. 1000 in Stollberg und Umgegend in der Nadelhausindustrie. Uebereinstimmend klagen die Lehrer darüber, daß die Kinder während des Unterrichts unaufmerksam und träge seien, ihre häuslichen Aufgaben vernachlässigten und eine müde, kraftlose Haltung zeigten. Dennoch, so fährt der Bericht fort, ist es weder angängig, noch wünschenswert, diese Hausindustrie zu unterbinden oder auch nur wesentlich einzuschränken; dadurch würde der durchweg armen Industriebesolter großer Schaden zugefügt werden. Welch ein Gipfel sozial-politischer Weisheit! Um den schlimmsten Schäden entgegenzuwirken, behilft man sich nun mit allerlei unmöglichen Palliativmitteln. So sollen sich die beteiligten Firmen bereit erklären, solchen Eltern, die ihre Kinder offenbar mißbräuchlich ausnützen, die Hausarbeit zu verweigern, ein Beschluß, dessen Erfolglosigkeit der Aachener Bericht selber gezeugt. Dann hat die Regierung für die Stollberger Schulen den Unterricht pro Stunde auf 50 Minuten beschränkt, um den Kindern die gewonnene Zeit für Freiübungen und Turnspiele zusammen zu lassen. Auch hiervon werden schließlich die Fabrikanten den letzten Nutzen haben, indem sie die gefrästigten Kinder stärker ausnützen und ihre Arbeit billiger entlohnen können. Das ist der Erfolg aller halben Maßregeln. Manchesterdoctrinäre passen am allerwenigsten zu Gewerbeaufsichtsbeamten. Da hat doch die Spandauer Polizeibehörde weiser gehandelt, indem sie die Nachtarbeit der Schulkinder (von Abends 7 bis früh 7 Uhr) einfach verbot; das ist zwar nicht viel, aber doch etwas. Aber auf reichsgesetzliche Beschränkungen der hausindustriellen Ausbeutung werden wir wohl noch recht lange zu warten haben, denn die Hausindustrie ist für unsere Gesetzgeber ein noli me tangere, ein Rührmichnichten, weil Reformen auf diesem Gebiete die folgenschwersten Konsequenzen für die herrschende Wirtschaftsweise nach sich ziehen könnten. Trotz alledem muß etwas geschehen und die Arbeiterklasse wird unaufhörlich auf diese Mißstände hinweisen und Reformen erzwingen, ohne sich durch das Geschrei profitwütiger Unternehmer und manchesterlicher Doctrinäre beirren zu lassen.

Daß die ungesetzhche Jugendausbeutung nicht zurückbleibt, wo die Kinderausbeutung im Flor steht, das beweist die Zunahme der schwereren Jugendschuldvergehen: so stiegen die Fälle überschrittener Arbeitsdauer bei Kindern von 253 auf 321, die verbotener Nachtarbeit von 90 auf 91 und die verbotener Sonntagsarbeit von 129 auf 179 etc. Wie dreist manche Unternehmer das Gesetz übertreten, das illustrieren zwei Fälle aus dem Düsseldorfser Bericht, wonach eine Duisburger Nadelfabrik und eine M.-Glabbacher Weberei jugendliche Arbeiter bis zu 22 und 22 1/2 Stunden ununterbrochen beschäftigt hatten. Im Ganzen wurden 9895 Jugendschuldvergehen in 4740 Betrieben ermittelt, wofür nur 824 Gesetzesverstöße bestraft wurden. Wie wenig die Strafpraxis der Gerichte auf die Erstrebung gesetzlicher Zustände Rücksicht nimmt, zeigt folgender Fall aus dem Bezirk Hildesheim. Ein Kaffeebohnenfabrikant hatte sowohl Jugendliche, als auch Kinder längere Wochen lang 11 Stunden pro Tag beschäftigt und wurde dafür zu der horrenden Strafe von 5 Mk. verurteilt. Dazu bemerkt der Bericht: „Wenn man berücksichtigt, daß Straf anzeigen in der Regel erst gestellt werden, wenn eine vorherige Ermahnung fruchtlos geblieben war, also böser Wille oder wenigstens grobe Unachtsamkeit vorliegt, so muß eine derartig milde Auffassung der Gerichte auffallen. In einem Falle hat die kurze Verjährungsfrist dazu geführt, daß ein Vergehen straflos geblieben ist.“ Auf solche Weise werden die Vergehen geradezu gezüchtet.

Ueber das Lehrlingswesen hat die Mehrzahl der Beamten trübe Erfahrungen gesammelt. Die Lehrlingszuchterei entwickelt sich immer mehr zum Panacee der Kleingewerbe und Kleinindustrien und sie wird begünstigt durch den Umstand, daß viele Großindustrielle sich der Annahme und Ausbildung von Lehrlingen möglichst enthalten und lieber ungelernete Arbeiter über 16 Jahren einstellen, die hinsichtlich der Arbeitsdauer nicht beschränkt sind. Dadurch werden die Söhne der zahlreichen Industriearbeiter in die Kleingewerbe gedrängt und sind dort ein willkommenes Ausbeutungsmaterial. Selbst staatliche Musterbetriebe beteiligen sich an dieser Praxis, wie der Potsdamer Beamte hinsichtlich der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau feststellt, deren Nichtannahme von Lehrlingen verschuldet habe, daß in Spandau und Umgegend in den Kleinbetrieben eine starke Lehrlingsausbeutung herrsche. Der Beamte empfiehlt der Gewerbehauptstelle die Errichtung von Lehrwerkstätten nach dem Muster von Eisenbahn- und Dampfwerkstätten, die sich vorzüglich bewährt haben. Ueberhaupt sollte das Lehrwerkstättenwesen kräftig durch staatliche Unterstützung gefördert werden, aber bekanntlich ist ja in Preußen für Kulturaufgaben kein Geld vorhanden. Eine seltsame Blüthe der Lehrlingszuchterei verzeichnet der Arnberger Bericht, wonach

in Berlin sich ein „Gewerbebureau zur Unterbringung von Lehrlingen aller Berufe“ etabliert hat, das die Provinzen mit billigen Kräften versorgt und im Bezirk Hagen einem überbelegten, mehrfach mit Zuchthaus bestrafte Korbmacher einige Jungen verschafft hat. So entwickelt sich folgerichtig die Lehrlingswirtschaft zum Lehrlingshandel. Der Staat sollte sich aber derartige Vorkommnisse zum Anlaß nehmen, ernste Reformen vorzubereiten, die die Lehrlingszucht besser, als durch Monopolisierung der Zünftler regeln. Das kann aber nur durch Opfer geschehen; mit zugeknöpften Taschen lassen sich keine Verbesserungen durchführen.

## Soziale Rundschau.

— In der Zuteppnerei zu Schiffbeck war am Montag, den 25. Oktober, ein Streik ausgebrochen, der bald zu einem allgemeinen, die Arbeiter und Arbeiterinnen des ganzen Betriebes umfassenden wurde. Den vom Arbeiter-Ausschuß mit den vier Direktoren gepflogenen Verhandlungen gelang es, das Zugeständnis einer Lohnaufbesserung von 5 Prozent zu erringen, außerdem Bezahlung der beiden Tage, an dem die Arbeiter nicht arbeiteten, und Lieferung besseren Materials. Die Arbeiter forderten erst 20, dann 10 Prozent Lohn-erhöhung. Erst nach sehr langer und sehr heftiger Debatte in einer zum Mittwoch Abend schnell einberufenen Versammlung entschlossen sich die Streikenden zum Nachgeben. Ein Hauptgrund der Nachgiebigkeit war der, daß ziemlich die Hälfte der Ausständigen in der Fabrik gehörigen Arbeiterwohnungen wohnen und allen diesen auf über 8 Tage gekündigt war, wie das im Mietkontrakt wohlweislich vorgesehen ist. Es zeigt sich hier wieder einmal so recht, welchen Wert die von den Unternehmern erbauten Arbeiterwohnungen haben.

— In der Mombacher Konjervenfabrik wurde durch Explosion eines Kochfasses ein Arbeiter gegen die Decke geschleudert und ihm die Hirnschale zertrümmert.

— Eine Bewegung gegen die Nachtarbeit in Bäckereien ist in Holland in Fluß gekommen. In Amsterdam hat sich, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, aus den angesehensten Bürgerkreisen ein Damenkomitee gebildet, um die Bäckergehilfen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Die Bäckergehilfen im Haag beschloßen in einer allgemeinen Versammlung, vom 1. Januar an alle Nachtarbeit einzustellen.

— Der Achtstundentag in England. In der Zeit, wo in England ein heftiger Kampf darum entbrannt ist, ob für die Arbeiter eines Berufsweiges die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden herabgesetzt werden soll, ist es interessant, die Zahl der Arbeiter kennen zu lernen, die in England heute schon den Achtstundentag haben. Der Achtstundentag wurde gewährt:

	1893	1894	1895	1896	Zusammen
in Privatbetrieben	1304	8690	163	565	10722
in Staatsbetrieben	229	43400	869	923	45421
Zusammen:	1533	52090	1032	1488	56143
Umlauf zu längerer Arbeitszeit:			723	263	986

Die Arbeiter der einzelnen Branchen der Privatunternehmungen nehmen in folgenden Zahlen an dem Achtstundentag teil:

Metallindustrie 1923, Maschinenindustrie und Schiffsbau 1193, Kohlenbergbau 651, Textilindustrie 120, Schuhindustrie 484, Druckindustrie 1058, chemische Industrie 419, Munitionsfabriken 2000. Der Rest vertheilt sich auf verschiedene kleinere Industriezweige.

„Einem Frevel und eine Thorheit“ nannte am Montag, den 25. Oktober, ein englischer Staatsmann das Bestreben des englischen Probenunternehmertums, die Gewerkschaften „zerschmettern“ zu wollen. Der Hauptfortschritt der letzten fünfzig Jahre bestände gerade darin, daß den englischen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt worden sei. Die Arbeiter bedürften des Koalitionsrechts, wenn sie politisch und ökonomisch nicht rechtlos sein sollten. Und das Koalitionsrecht anzufassen, das heiße eine Katastrophe über England heraufbeschwören. Der englische Staatsmann, der dies sagte, war Lord Campbell-Bannermann, jahrelang Kriegsminister unter Gladstone und nachher unter Lord Rosebery.

— Beiseidenheit der Zuckerrabrik-Direktoren. Die Zuckerrabrik-Direktoren, welche von der Steuerbehörde als Sachverständige zugezogen wurden für die Berechnung der Kontingentierung der einzelnen Fabriken, haben, wie im „Hann. Cour.“ geklagt wird, in mehreren Fällen ihre Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß ihnen dafür ein „angemessenes Honorar“ gezahlt werde. Sie begnügten sich aber keineswegs mit den den Beamten der vierten Rangklasse zustehenden Tagegeltern und Reisekosten, welche den Sachverständigen durch Finanzministerialerlaß zugewilligt worden, sondern haben für jedes schriftliche Gutachten 300 Mark und für Konsultationen im Wohnorte für die Stunde 15 Mark gefordert; auch beanspruchen dieselben bei Reisen für den ganzen Tag ein Tagegeld von 100 Mark, außerdem für Eisenbahn und Dampfschiffahrt noch weit mehr als den Ersatz ihrer Auslagen. Da die Steuerbehörde nicht in der Lage ist, die exorbitanten Forderungen zu bewilligen, so hat man von der Mitwirkung dieser Zuckerrabrik-Direktoren, welche sich zum Theil unter einander verpflichtet haben, nicht unter diesem Honorar als Sachverständige an der Kontingentierung sich zu beteiligen, Abstand nehmen müssen. Die Deutschen haben für die eigenen Leistungen eine wahn-sinnig übertriebene Werthschätzung. Die Leistungen ihrer Arbeiter, wobei Gesundheit und Leben mit im

Spiele stehen, halten sie mit 1,70 Mark, 2 Mark, wenn es hochkommt 2,50 Mark pro Tag genügend entschädigt. Wahrhaftig, die Herren wissen das Wortlein „Be-seidenheit“ ist eine Bier“ u. s. w. gehörig zu würdigen.

## Korrespondenzen.

**Altenhagen.** In einer Versammlung, die am 17. Oktobertagte und ziemlich gut besucht war, referirte der Verbands-genosse Ernst Dreil aus Hagen über das Thema: „Was nützt uns die Organisation?“ Redner kennzeichnete die Ziele der Organisation. Daß dieser noch so viele Arbeiter fernblieben, sei einzig und allein der Laueheit der Letzteren zuzuschreiben. Die Arbeitgeber bewiesen eine andere Energie bei Schaffung der Unternehmerverbände. Als Beweis gelte der Hagenburger Hagenarbeiterstreik und der Streik der englischen Maschinenbauer. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es, agitatorisch zu wirken auf der Werkstatte, während des gefestigten Verkehrs, kurzum bei allen sich darbietenden Gelegenheiten müsse der Gedanke der Vereinnahmung ausgebreitet und vertreten werden. Darauf kamen die Bevollmächtigten in Vorschlag. Mit Ausnahme des 2. Bevollmächtigten, der abgereist ist, kamen alle Personen der alten Leitung wieder in Vorschlag. Nachdem der Bericht von dem Gewerkschaftsstatell gegeben war, beschloß die Versammlung, 30 Broschüren vom Hagenarbeiterstreik zu be-stellen.

**Varmbeck.** Am 13. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die über das 3. Quartal vorgelegte Abrechnung ergab eine Einnahme von 982 Mk. Die Abrechnung der Agitationskommission ergab eine Einnahme von 474,38 Mk., der eine Ausgabe von 251,08 Mk. gegenüberstand. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 123,80 Mk., von 60 Mk. der Zahlstelle Silber zurückbezahlt wurden. Der Rest wird der Agitationskommission überwiesen. Vom Stif-tungsrest verblieb ein Ueberschuß von 53,80 Mk., welcher der Unterstufungskommission überwiesen wird. Darauf gaben die Delegirten den Bericht vom Gewerkschaftsstatell. Ein bei diesem Punkte gestellter Antrag, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, ward nach kurzer Debatte angenommen. Darauf kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag und wurden die Wahlen der Unterstützungs-kommission, Hilfskassierer, Thürkonsortreure und eines Mitgliedes der Herbergskommission vorgenommen. Ein Antrag, im nächsten Frühjahr eine Dampftour nach Gesehacht zu unternehmen, wurde angenommen und vier Kollegen mit Auf-sicherung der Vorarbeiten betraut. Zwei andere Anträge hat die nächste Versammlung zu erledigen.

**Bergeborf.** Freitag, den 8. Oktober, tagte im benachbarten Sande eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Frey aus Hannover über das Koalitionsrecht der Arbeiter referirte. Redner zeichnete zunächst die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter, wie sie sich durch die Umwälzungen auf dem Gebiete der Produktionsweise gestaltet habe. Daraus werde das Recht der Vereinigung für die Arbeiter geradezu zur Pflicht. Redner kritisirte darauf die Angriffe, die gegen das Koalitionsrecht von Unternehmern und Behörden gerichtet werden und ist der Meinung, daß alle diese Angriffe den gewünschten Erfolg: Beseitigung der Koalitionsfreiheit, nicht haben werden. Trotz aller Insektionen müßten die Arbeiter das Koalitionsrecht verteidigen, denn es sei die beste Waffe zur Eringung einer besseren Existenz.

**Berlin.** Am 7. Oktober tagte unsere Hauptversammlung in Raabe's Salon, Colbergerstraße 23. Der Kollege Schumann gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Zahlstelle seit der Gründung, die vor einem Jahre erfolgte. Obwohl die Zunahme der Zahlstelle einigermaßen befriedigt, entspricht sie doch nicht dem Kräfteaufwand, den die Bevollmächtigten und einige Kollegen gemacht haben. Es ist nun notwendig, daß die Kolleginnen und Kollegen selbst jetzt Hand ans Werk legen, damit die Zahlstelle im kommenden Jahre jene Höhe erreicht, die ihr als Organisationszweig in Berlin gebührt. — Im verfloffenen Geschäftsjahre wurden 14 Mitglieder-versammlungen abgehalten, 5 öffentliche Versammlungen, 2 Wander-versammlungen. Ferner waren notwendig 3 Fabrik-besprechungen und 16 Sitzungen der Bevollmächtigten und Revisoren. — Die nun zur Verhandlung kommende Abrechnung ergab eine Einnahme von 300,85 Mk., eine Ausgabe von 232,96 Mk., Bestand 67,89 Mk. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und in Ordnung gefunden worden, so daß den Bevollmächtigten Entlastung erteilt werden konnte. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vor-schlag gebracht und zwar als Bevollmächtigte die Kollegen Schumann, Opitz und Saemann, als Revisoren die Kollegen Alb. Boigt, Mühle und Wolter. Die beantragte Wahl einer Agitationskommission wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ein von der Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker eingegangener Tarif wurde anerkannt bis auf die Forderung, die für den 1. Mai, sobald er Wochentags fällt, den feiertägigen Tarifjahrgeld fordert. Es ist ein Unterschied von 1,50 Mk. Die Mitglieder sagen, die Musiker können am 1. Mai eben so gut auf alle anderen organisirten Arbeiter ein Opfer bringen.

**Gelle.** Nachdem unser Versammlungsleben seit dem 7. März durch das Verhalten der Mitglieder vollständig lahm gelegt war, ist es uns endlich am 17. Oktober gelungen, eine Versammlung abzuhalten. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Die Versammlung nur am ersten Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats abzuhalten, damit die Mitglieder das Tagen der Versammlungen nicht so leicht vergessen. Das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Am 1. Weihnachtstage wird für die Kinder der Mitglieder im Lokale des Herrn Hildebrand, Schulstraße 43, ein Weihnachtstfest veranstaltet. Die Vorbereitungen hierzu sind den Bevollmächtigten und Revisoren überlassen. — Kolleginnen und Kollegen! Wie Ihr aus vorstehenden Zeilen erseht, konnte wegen Eures schlechten Besuchs seit langer Zeit keine Versammlung abgehalten werden. Nun, da der Winter herein-bricht und Euch am Sonntag den Aufenthalt im Freien ver-leidet, dürfte es angemessen erscheinen, Euch zum Besuche der Versammlungen aufzufordern. Eure Pflichten als Mitglieder sind mit Zahlung der Beiträge lange nicht erfüllt, Besuch der Versammlungen, mit Rathen und Thaten bei allen Anlässen ist eine der wichtigsten Pflichten, hoffen wir, daß Ihr sie in Zukunft weniger vernachlässigt.

**Dresden.** Eine öffentliche Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung tagte am Sonntag, den 17. Oktober, Vormittags 11 Uhr, im „Cambrims“. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Genossen Dreger über: Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll. — Abrechnung vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. — Neuwahl derselben und eines Delegirten in den Verein Zentral-Kommission. — Da die Versammlung sehr schwach besucht war, so setzte man den ersten Punkt von der Tagesordnung ab. Kollege Sturm gab sodann die Abrechnung, welche von den Revisoren Herzog und Som-mersch geprüft und für richtig befunden worden war. Als-dann gingen die Wahlen vor sich; als Vertrauensmann wurde Kollege Sturm wiedergewählt, als Revisoren die Kollegen Kimmich und Lommach. In den Verein Zentralkommission wurde Kollege Kimmich delegirt. Ein Vertrauensmann für Pießchen konnte leider nicht gewählt werden, weil die dortigen Kollegen trotz Aufforderung nicht erschienen waren. Auf die Anfrage des Kollegen Sturm, ob Jemand die Zahlstelle in Pießchen bis zur nächsten Versammlung versorgen wolle, meldete sich Kollege Kimmich. Im „Gewerkschaftlichen“ entspann sich

eine lebhaft Debatten wegen eines Herbstvergnügens. Man kam zu dem Entschluß, Sonnabend, den 6. November, im „Gamborius“ ein solches abzuhalten. Mit einem kräftigen Schlußwort an die Anwesenden betr. der Agitation für den Verband und gleichzeitig für die „Arbeiter-Zeitung“ schloß der Vertrauensmann die Versammlung. 14 Kollegen ließen sich den Verband aufnehmen. — Es ist sehr zu wünschen, daß sich die Pflanzener Hilfsarbeiter etwas mehr aufrufen. Soll die Organisation leistungsfähig sein, dann müssen auch die Arbeiter zu ihr halten. Es ist zu spät, wenn man sich erst dann der Organisation erinnert, wenn man sie einmal braucht. Es bedarf hauptsächlich nur dieses Anstoßes, um die Pflanzener Mitglieder zu regem Versammlungsbetrieb und eifriger Mitarbeit für den Verband zu veranlassen.

**Flensburg.** In der am 7. Oktober abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung wurde zunächst Stellung zur Konferenz in Lübeck genommen und der Kollege Engelbrechten als Delegierter gewählt. Sodann wurden die Zustände in der Papierfabrik von C. F. Wacker und die Verhandlung, welche die Arbeiter dort erdulden müssen, gebührend gekennzeichnet. Der Fabrikant war zu dieser Versammlung brieflich eingeladen, jedoch nicht erschienen. In diesem Arbeiterparadiese fließt keine Milch und kein Honig, aber es stößt bis vor Kurzem dort eine übel duftende Flüssigkeit, welche aus den schabhaften Klopsetabfuhrbehältern in die unteren Räume herabtröpfelt. Die in dieser Fabrik beschäftigten Personen bekommen in überreichem Maße Schweißflecken zu füren, die sie wohl vergeblich in einem Sonderkonzessionsgebiet füren würden. Die Arbeitszeit ist eine äußerst lange, oft beträgt sie 24 Stunden; in keinem Verhältnis dazu steht der Arbeitslohn. Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Papierfabrik, erachtet nun endlich aus Eurer Gleichgültigkeit! Erkennt eure Klassenlage! Nur durch eine gute und straffe Organisation seid ihr im Stande, auch die übrigen Leibesstände abzuwaschen. Also auf, alle in den Verband!

Die hiesige Zahlstelle verlor zwei ihrer Mitglieder durch den Tod. Am 16. Oktober verstarb der Kollege Karl Paasch und am 18. Oktober die Kollegin Margarethe Andersen. Beide haben in den Reihen des für bessere Verhältnisse kämpfenden Proletariats ihre Schuldtitel gethan. Ehre ihrem Andenken!

**Halle a. S.** Sonnabend, den 30. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Liquidationskommission“, sprach Kollege Cellarius. Die Abrechnung vom Allgemeinen Arbeiter-Verein, der seinerzeit zum Verbands übergetreten ist, ist bekannt. Die anwesenden Mitglieder genannter Kommission bestätigten bis auf einige noch aufzuklärende Punkte die Richtigkeit der Abrechnung. Hierauf entspann sich eine Debatte über die den Kollegen Häbde betreffenden Angelegenheiten, deren Austrag bis zur nächsten Versammlung vertagt wird. Die Kollegen, durch welche Kollege Häbde sich beleidigt fühlt, sollen zu dieser Versammlung eingeladen werden. Als Kassierer der Lokalkasse wurde Kollege Sacke gewählt. Unter „Verschiedenes“ wird eine Weihnachtsbescherung für alle Kinder der Mitglieder unter vierzehn Jahren beschlossen. Jedes männliche Mitglied hat zu den Kosten 30 Pf. beizutragen. Die Mitglieder haben den Betrag bis Sonnabend, den 11. Dezember, zu entrichten. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sie auch die Angaben über Zahl, Alter und Geschlecht ihrer Kinder an die Bevollmächtigten zu machen. Mit den Vorarbeiten zu dem Feste sind die Bevollmächtigten und Revisoren und drei Kollegen betraut. Der nächsten Mitglieder-Versammlung wird eine öffentliche Versammlung vorausgehen.

**Hamburg-St. Georg.** Der Mitglieder-Versammlung, die am 19. Oktober tagte, lag zunächst die traurige Pflicht ob, das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Peter von Döhren durch Aufheben von den Sigen zu ehren. Abdamn erstattete Frau Jiez den Bericht von der Lübecker Konferenz. Hierauf verlas der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal, die in der Cinnahme und Ausgabe mit 205,95 Mk. bilanziert. An die Verbandskasse sind 148,47 Mk. abgesandt. Die Lokalkasse wies eine Cinnahme von 201,33 Mk. und eine Ausgabe von 189,05 Mk. auf. Als Bevollmächtigte wurden Frau Jiez und die Kollegen Lütge und Ulrich vorgeschlagen. Nach dem erfolgten Vorschlag der Revisoren wurde ein Hilfskassierer gewählt. Dem 2. Bevollmächtigten wurde ein Manfokeld in Höhe von 7,50 Mark bewilligt, den Hilfskassierern wurden 10 Prozent ihrer Cinnahmen als Entschädigung zugestanden.

**Hamelu.** In der Sonntag, den 10. Oktober, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sollte unter Punkt 1 der Tagesordnung der Bericht vom Gewerkschaftskartell gegeben werden. Der Delegierte war jedoch nicht erschienen, worüber einige Versammlungsbesucher sich mißbilligend äußerten. Ein Kollege, der in der letzten Kartelltagung anwesend war, theilte mit, daß das Kartell die Gründung eines Konsumvereins beprochen habe. Es wurde bestritten, daß das Kartell das Recht habe, in einer solchen Angelegenheit die einleitenden Schritte zu unternehmen. Dieser Ansicht wurde vom Kollegen Klenke widersprochen. Dieser erklärte die ausgesprochene Ansicht, die Gründung eines Konsumvereins bringe die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von ihrem eigentlichen Ziele, Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, ab, für übertriebene Befürchtungen und wünscht die baldige Errichtung eines Konsumvereins, von dem er Nutzen für alle Beteiligten erwartet. Darauf wurde eine Einladung von der Zweigorganisation der Schuhmacher zu ihrem Stützungs-feste verlesen. — Eine Frage: „Warum bleiben die weiblichen Mitglieder den Versammlungen fern“, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Eine andere Frage betraf die Klage des Kollegen Meyer gegen den Schlosser Karl Müller. Letzterer hatte in einer Metallarbeiter-Versammlung geäußert, er könne Beweise bringen, daß Meyer der hiesigen Polizei habe Nachrichten zukommen lassen. Die Angelegenheit kommt vor dem Schöffengericht zum Austrag. Daran wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Vorher verlas der Kollege Käppner die Aufforderung des Vorstandes, welche die größte Beachtung bei den zu machenden Vorschlägen empfindet. Nach Kollege Käppner haben die Revisoren im letzten Quartal nicht ein einziges Mal residirt, trotz Aufforderung! (!!!) Red.) Darauf wurden die Kollegen Käppner zum ersten, Ehemann zum zweiten und Klenke zum dritten Bevollmächtigten vorgeschlagen. Die Kollegen Schulz, Lingowisch und Schwarz kamen als Revisoren in Vorschlag. Kollege Loges hat sein Amt als Kartelldelegierter niedergelegt und wurde an seiner Stelle Kollege Schulz gewählt. Sodann wurde Kollege Käppner auf seinen Wunsch von der Pflicht, das Reisegeld auszukosten, befreit, und unser Verbandsmitglied, Herr Kardinal, mit der Auszahlung betraut.

**Hamm.** Die letzte am 12. Oktober im Lokale des Herrn Sieberling tagende Mitglieder-Versammlung nahm der vom 2. Bevollmächtigten gegebenen Bericht über die Abrechnung entgegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Darauf gab Kollege Sad den Jahresbericht; alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren aufs Neue in Vorschlag gebracht. Unter dem 3. Punkt der Tagesordnung wurden die Wahlen der Hütkontrolleure und Hilfskassierer vorgenommen. Den Kartellbericht gab Kollege Groth. Die Abhaltung eines Sylvester-Vergnügens wurde beschlossen und mit den nöthigen Vorarbeiten die Bevollmächtigten betraut. Mit einer Aufforderung des Kollegen Sad, gerichtet an die Anwesenden, sich bei der nächsten Hausagitation reg zu beteiligen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Hann.** Am 23. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die sich wie alle übrigen durch schlechten Besuch auszeichnete. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Hindewald, erklärte seinen Austritt und beantragte die Auflösung der Zahlstelle.

Bei der herrschenden Interesslosigkeit sei doch ein befriedigendes Resultat nicht zu erzielen. Kollege Guth erklärte, daß man den Muth nicht so leicht verlieren dürfe. Jeder Anwesende solle sich zunächst erst einmal fragen, ob er durch sein Verhalten nicht selbst dazu beigetragen habe, daß diese Kalamität eingetreten sei. Die meisten Mitglieder haben ihre Pflichten in unzureichender Weise vernachlässigt. Der erste Bevollmächtigte sei, anstatt ein Beispiel von Pflichterfüllung zu geben, der lässigsten einer gewesen. Anstatt die Mitglieder anzufeuern und anzumuntern, habe er sie mit Redensarten wie: „Der Verband habe für uns keinen Zweck, das Geld sei zum Fenster hinausgeworfen und wäre besser für Wahlagitation anzuwenden, an eine Lohnhöhung sei hier nicht zu denken“ u. s. w., vollends zum Wanken gebracht. Außer Hindewald stimmte von den Anwesenden Niemand für sofortige Auflösung. Die Leitung der Geschäfte wurde bis Januar dem Kollegen Guth übertragen. Eine Versammlung soll dann die statutarisch vorgeschriebene Sitzung in Vorschlag bringen. Kollege Guth fügte sich diesem Vorschlag unter dem Vorbehalt, daß nun aber auch alle Anwesenden ihr Möglichstes in der Agitation für die Zahlstelle thun, damit bis zur nächsten Versammlung eine nennenswerthe Anzahl von Kollegen gewonnen sei. Die Anwesenden stimmten dem zu und bewilligten dann noch 5 Mk. für das Kartell und 5 Mk. für die streitenden Diamant-Arbeiter.

**Sarburg.** Mittwoch, den 6. Oktober, hielt unsere Zahlstelle eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Als Referentin war Frau Eichhorn aus Dresden erschienen, die über das Thema: „Welchen Nutzen hat die gewerkschaftliche Organisation“ referirte. Die Referentin gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung des Handwerks und der Zünfte und über deren Verfall. Mit Entwicklung des Handwerks zur Großindustrie, Anwendung der Technik im Arbeitsprozeß wuchs die Unterdrückung des werthvollen Volkes und nahm schlimmere Formen an, als wie man sie zur Zeit der Zünfte kannte. Nicht genügt heute mehr die volle Ausnutzung der männlichen Arbeitskraft, sondern die Frau, sogar das zarte, unentwickelte Kind, muß gegen eine wüthige Bezahlung im Dienste der Industrie stehen und die Gesundheit opfern. Aber daraus haben auch Tausende von Arbeitern die Erkenntniß gefogon, daß im Ringen gegen die zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus der Einzelne machtlos ist und nur eine Vereinigung geeignet ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Vereinigungen werden aber noch wirkungslos, wenn auch die Proletarierin die Notwendigkeit des Kampfes erkannt hat, und sich den Organisationen als Mitkämpferin anschließt. Der Erfolg solcher Kämpfe wird vorausgesetzt, daß sie unter günstigen Umständen inszenirt wurden, in besserer Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen. Diese wird eine bessere Ernährung und Bekleidung zur Folge haben, und einen Damm gegen die körperliche Verwahrlosung der Arbeiter bilden. Die Arbeiterfrauen werden gefünderen, kräftigeren Kindern das Leben geben, aus denen eine zur Führung des Kampfes ums Dasein geeignete Generation wird heranwachsen. Solange der Arbeiter sich seiner Macht nicht bewußt ist, wird die Ausbeutung vorhanden sein. In unserer Vereinigung liegt unsere Stärke. Daher haben wir die Pflicht, für eine stramme Gewerkschaftsbewegung zu sorgen, dann wird eine bessere Zukunft nicht mehr fern sein. Reicher Beifall lohnte die Rednerin. Im 2. Punkt wurde Kollege Martens als Delegierter nach Lübeck gewählt. Im Verschiedenen wurde die Unterstufungsfrage der Kollegen, welche die Arbeit auf der Gummi-Fabrik niedergelegt haben, geregelt. Nach Mittheilungen lokaler Natur wurde die Versammlung geschlossen.

**Silbesheim.** Am 10. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelegt, die wegen der Unehrlichkeit des 2. Bevollmächtigten ein beträchtliches Defizit aufwies. Der unehrliche Mann ist aus unseren Reihen entfernt. Außerdem ist Anzeige gegen ihn gemacht, so daß ihn neben der moralischen Strafe, die ihn durch den Ausschluß getroffen, auch die Strafe treffen wird, die das Gesetz für solche Thaten kennt. Einer Wiederholung der üblen That durch andere Personen ist vorgebeugt. Unter dem zweiten Punkt wurde Klage geführt über den anhaltend schlechten Besuch der Versammlungen, dessen Grund in der Abhaltung der Versammlungen an den Sonntagnachmittagen erblickt wurde. Der Arbeiter, der die ganze Woche in das Loch eingesperrt sei, und in staubiger Fabrikluft zubringe, wolle am Sonntag auch einmal frische Luft genießen. Die Zeit von 4 Wochen, die zwischen den Versammlungen liegt, wurde als zu lang gefunden und befürwortet, die Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlungen tagen alle 14 Tage Sonnabends, 3/4 Uhr Abends, nach Erscheinen des Proletariats“ im Lokale des Herrn Wolf.“ Um auch den Kollegen von auswärts Gelegenheit zu geben, die Entwidlung des Verbandes zu verfolgen, wird zur Entgegennahme der Abrechnung allvierteljährlich eine Versammlung Sonntag-Nachmittags veranstaltet werden. Den Stuhlarbeitern in Bergedorf wurden 20 Mk. bewilligt. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Wülheim.** Am 3. Oktober tagte unsere Versammlung. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen Langer, Mludan und Winter in Vorschlag; als Revisoren die Kollegen Otto Stralendorf, Jol. Stumpf und Nic. Koch. Als Bibliothekar wurde Kollege R. Stralendorf gewählt. Derselbe wurde auch mit dem Amte eines Kartelldelegierten betraut. Die Abrechnung wurde vom Bevollmächtigten vorgelegt. Vom Gewerkschaftskartell lag folgender Antrag zur Abstimmung vor: „Die Mitglieder der Gewerkschaften bezahlen pro Quartal 10 Pf. an das Kartell, damit dieses seine Aufgaben erfüllen kann.“ Nach einstündiger Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Die Zahlstelle ist gewillt, bei 25 und mehr Mitgliedern dem Kartell 2,50 Mk. pro Quartal zu überweisen, wird diese Mitgliederzahl nicht erreicht, so zahlt sie nur pro Quartal und Mitglied. Die 2,50 Mk. sind aus der Lokalkasse zu überweisen.“ Ein Vortrag des Kollegen Stralendorf wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Den Mitgliedern diene zur Kenntniß, daß sie ihre Zeitungen im Verbandslokale abzuholen haben.

**Wittenburgort.** Am 20. Oktober tagte im „Marienhof“ unsere Mitglieder-Versammlung, die zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal entgegenzunehmen hatte. Sie ergab eine Cinnahme von 615,57 Mk., eine Ausgabe von 563,78 Mk., mithin einen Ueberschuß von 51,79 Mk. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge ertheilt. Der nun folgende Bericht von der Konferenz in Lübeck veranlaßte eine Aussprache der Kollegen und führte zur Annahme eines Antrages, nach welchem sich die Versammlung mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt. Das Vorschlagen der Bevollmächtigten zeitigte folgendes Resultat: Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen F. Niemann, A. Kuchendub und Engel, als Revisoren die Kollegen Wurmeister, Geel und Frau Kältenbach in Vorschlag. Dann wurde noch über die Schuldentilgung vom Hagenarbeiterstreik berathen, und wurden die Hilfskassierer beauftragt, die Mitglieder mehr an ihre Pflicht zu ermahnen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wandebf.** Kollege Drey aus Hannover referirte hier am 7. Oktober in einer öffentlichen Versammlung über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und zeigte, wie die Bestrebungen der Gewerkschaften sowohl auf materiellem als auch auf geistigem Gebiet einen Debel des Fortschrittes darstellen.

— In der Mitglieder-Versammlung am 13. Oktober gab Kollege Brühns einen Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr und betonte zum Schluß, daß uns in der Agitation für

den Verband nichts abhalten dürfe. Jeder müsse Apostel für die Grundzüge des Verbandes sein, damit die Mitgliederzahl sich verdoppelt und wir in der Lage seien, unseren Forderungen den nöthigen Nachdruck zu geben. Unter Punkt 2 der Tagesordnung legte der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Sie wies eine Cinnahme von 1087,35 Mk. auf. An den Kassierer wurden 570,35 Mk. gesandt. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 337,33 Mk. auf. Die Mitgliederzahl ist 744. Auf Antrag der Revisoren wurde dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung zu Theil. Zur Lübecker Konferenz wurde Kollege Rehr als Delegierter gewählt. An Tagesgeld und Fahrgeld wurden dem Delegierten 10 Mk. bewilligt und außerdem folgende Anträge zur Konferenz gestellt: 1. Die nächstjährige Konferenz hat 10 Wochen vor Zusammentritt des Verbandstages zu tagen. 2. Die Konferenz soll nicht in einem auf der äußersten Grenze der Provinz liegenden Orte, sondern in einem möglichst in der Mitte liegenden Orte abgehalten werden. — Als Bevollmächtigte werden die Kollegen Brühns, D. Martens und G. Stoffers, als Revisoren die Kollegen F. Martens, Frau Evers und J. Godemann vorgeschlagen. Zu dem am 13. November in der Harmonie vorbereiteten Wintervergnügen wird ein Komitee, aus 25 Personen bestehend, gewählt. Als Hilfskassierer für den 8. Bezirk wird Kollege G. Schmidt gewählt. Ein Antrag, den verstorbenen Kollegen in Zukunft keinen Kranz mehr zu widmen, wurde abgelehnt.

**Wernigerode.** Am 16. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Homann wies in einem Rückblick auf die im Laufe der letzten Jahre sich abspielenden Kämpfe hin und folgerte daraus, daß es nothwendig sei, daß jeder Arbeiter sich organisiere. Die Unternehmer setzten jeder Forderung nach einer Besserung der Arbeiterlage den hartnäckigsten Widerstand entgegen, und nur, wenn die Arbeiter in der Lage seien, diesem Widerstande zu trohen, hätten ihre Wünsche Aussicht auf Verwirklichung. Nur der Arbeiter wahre seine Interessen, der der Organisation angehöre um seinen Verpflichtungen darin gewissenhaft nachzukommen.

**Wilmshausen.** Unsere am 10. Oktober im Lokale des Herrn Konow tagende Mitglieder-Versammlung nahm einen Vortrag des Kollegen Müller aus Hamburg über den Normalarbeitsstag entgegen. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte die Wahl eines Delegierten zu der Konferenz in Lübeck, als welcher Kollege Fliegner einstimmig gewählt wurde. Die Abrechnung über das 3. Quartal mußte wegen der Behinderung des 2. Bevollmächtigten ausfallen. Im „Verschiedenen“ wird mitgetheilt, daß dem Kollegen Rabe sein Mitgliedsbuch Nr. 1244 nebst einer Mitgliedskarte vom Wahlverein abhanden gekommen sei. Auf Antrag des Bevollmächtigten und der Revisoren wird einstimmig beschlossen, die „Soziale Praxis“ zu abonniren.

**Winterhude-Eppendorf.** Am 21. Oktober tagte im Lokale des Herrn Zöllner unsere Mitglieder-Versammlung. In seinem Jahresbericht führte der Bevollmächtigte Jörz Folgendes aus: Im verfloffenen Jahre sind 12 Mitglieder, eine Extra- und eine öffentliche Versammlung abgehalten worden. In vier Versammlungen haben Referenten gesprochen. In dem Jahre hat sich die Zahlstelle um 100 Mitglieder vermehrt, davon wurden 4, die sich gegen das Statut vergangen hatten, ausgeschlossen. Mitglieder der Zahlstelle waren am Hagenarbeiterstreik und bei der Ausperrung von Gollmann u. Co. theilhaftig. Finanzielle Unterstützung erhielten die Hagenarbeiter 1077 Mk., die Stuhlarbeiter in Bergedorf 56,40 Mk., die auswärtige Agitations-Kommission 20 Mk. und zur Schuldentilgung 1000 Mk. Hagenarbeiter sind 200 Mk. bis jetzt abgeliefert worden. Den Bericht aus Lübeck erstattete Kollege B., den Bericht vom Gewerkschaftskartell brachte Kollege G. Kollege D. kritisirte den letzten Kartellbeschuß betreffs der Schuldentilgung vom Hagenarbeiterstreik. Den Jahresbericht erstattete Kollege D. Die Cinnahme betrug 332,40 Mk., die Ausgabe beläuft sich auf gleiche Höhe, hiervon wurden der Verbandskasse 237,80 Mk. übermittelte. Kollege C. verlas die Abrechnung der Agitationskommission: Cinnahme 92,98 Mk., Ausgabe 74,60 Mk., Bestand 18,38 Mk. — Als Bevollmächtigte und Revisoren kamen die alten Vertreter wieder in Vorschlag, mit Ausnahme des 2. Bevollmächtigten, an dessen Stelle Kollege Reinte vorgeschlagen wurde. — Nachdem der Antrag, in diesem Jahre ein Stützungs-fest abzuhalten, angenommen war, wurde zu der Wahl eines Festkomitees geschritten. Abdamn wurde noch folgender Antrag über Beitreibung des Restes zur Schuldentilgung vom Hagenarbeiterstreik angenommen: Jedes Mitglied hat noch eine 30-Pfennig-Marke zu entnehmen, welche in das Mitgliedsbuch einzulegen ist. Gleichzeitig wurde noch Folgendes beschlossen: in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung in Gr.-Boritz abzuhalten und zu der nächsten Mitglieder-Versammlung einen Referenten zu bestellen.

**Wolfsgr.** Die am 9. Oktober tagende Mitglieder-Versammlung hatte wieder Stellung zu nehmen zur Unterstützung der Familie des inhaftirten Kollegen Böhm. Die Mittel der Lokalkasse reichen zur Gewährung der bewilligten Unterstützung nicht aus. Die Herausgabe von Sammelbüchern ist schon manchmal angeregt, aber bis jetzt noch nicht erfolgt, unter der Befürchtung, daß doch nicht viel darauf gezeichnet würde. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Woche 5 Pf. Extrasteuer zu zahlen hat, bis der Kollege Böhm wieder in Freiheit ist. Ueber den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Unsere Organisation, führe der erste Bevollmächtigte aus, daß der seitherige Schlenbrian nicht mehr weiter gehen könne. Jedes Mitglied sei verpflichtet, auf seiner Arbeitsstelle die Kollegen anzufeuern, damit sie ihren Pflichten nachkommen, und die Versammlungen besser besuchen. Im Laufe der Debatte kam es zwischen dem ersten und zweiten Bevollmächtigten zu einer persönlichen Auseinandersetzung. Nach gegebener Aufklärung verurtheilte die Versammlung das Verhalten des zweiten Bevollmächtigten. — Unter „Verschiedenes“ wurde die Erhebung einer Extrasteuer zur Schaffung eines Fonds, aus dem Streiks und Mitglieder in Unglücksfällen unterstützt werden sollen, noch einmal angeregt und wird die nächstens tagende Versammlung das Weitere zu bestimmen haben.

### Eingekandt.

**Elmsborn.** Kollegen! Wir sind leider gezwungen, den Raum des „Proletariats“ zu beanspruchen, um Euch zu einer Thätigkeit anzuspornen, die Ihr, wie es scheint, aus eigenem Antriebe nimmer verrichten wolt. Wohl ist der Stand, d. h. die Zahl der Mitglieder unserer Organisation, hier am Orte ein mäßiger zu nennen, wir rechnen mit 250 Mitgliedern, aber, und das ist das Beschämende, davon kommen vielleicht 20 zu den Versammlungen. Mußte doch wegen des unter aller Kritik schwachen Besuches in der letzten Versammlung der Vortrag ausfallen, und dazu war der Referent von auswärts gekommen, die Ausgaben für Fahrgeld und Verköstigung waren also ganz fruchtlos gemacht. Merkwürdigerweise sind es gerade die alten Mitglieder, die früher in allen Versammlungen erschienen sind, die heute fernbleiben. Die Frage, die so oft aufgeworfen wird: Habt Ihr es denn nicht nöthig? wollen wir nicht an Euch richten. Sie ist ja auch ausreichend beantwortet durch die Kämpfe zwischen Unternehmern

und Arbeitern, die in letzter Zeit gerade in Elmshorn getobt haben. Diese Kämpfe mahnen Euch an Eure Pflicht! ...

Offenbach. Ein offenes Wort an die Kolleginnen und Kollegen! Es ist das erste Mal, daß wir uns an dieser Stelle an Euch wenden!

anderen Zwecken kommen. Wir hoffen, diese Worte genügen, um alle Kolleginnen und Kollegen zu ihrer Pflicht zu rufen...

Abrechnung über den Zustand der Gummiarbeiter der Asbest- und Gummiverke von Alfred Salmon & Co., Uhlenhorst - Hamburg.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Drucksachen', 'Porto und Papier', 'Sonstige Ausgaben'.

Literarisches.

Die Buchhandlung 'Vorwärts', Berlin SW., Beuthestraße 2, offeriert das 'Hamburger Parteitag-Protokoll'...

Briefkasten. Heterfen, Altona und Zehoe. Briefe hatten über 15 Gramm Gewicht und kosteten uns 20 Pf. Strafpfennig.

Neue Adressen u. Adressen-Änderungen. Schweinfurt. Peter Thoman, Oberndorf, C.-B. 148. Billwärder a. d. Bille. Feinr. Löwe, 127.

Zahlstelle Bergedorf. Sonnabend, den 20. November 1897, im Vereinslokale 'St. Petersburg'.

Zahlstelle Kriebitzsch. Sonntag, den 21. November, sowie Sonntag, den 28. November, Nachmittags punkt 3 Uhr.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Bei Orten, wo eine andere Adresse bezügl. des Reisegeheimnisses nicht angegeben ist, gelangt dasselbe beim 1. Bevollmächtigten zur Auszahlung.

Abends von 8 Uhr an bei Trenthorst, Kochstedterstr. 41. Herberge in 'Stadt Braunschweig', Leipzigerstr. 24 b.

in der Herberge zur Heimath, Winterstraße 25, übernachteten. Reisegeheimnis beim Kollegen Gust. Schwoon, Försterweg 3, pt., Abends von 6-8 Uhr.

Mienburg a. W. Jeden ersten und letzten Sonnabend i. M. bei Genkel. Offenbach. Reisegeheimnis beim Kollegen Wilhelm Jöst, zur Saalbau-Gesellschaft...